



PRESSEMITTEILUNG

25. Oktober 2023

MEDIENTAGE MÜNCHEN 2023 vom 25. bis 27. Oktober

VAUNET Media Lounge

Film- und TV-Standort Bayern & Deutschland: Anreize setzen, Zukunft sichern

Filmförderung: Kein Anreiz-, sondern Abschreckungsmodell?

München – Film- und Fernsehschaffende sehen sich aktuell einer wirtschaftlich herausfordernden Zeit gegenüber. TV-Programmanbieter und Streaming-Plattformen fahren ihre Auftragsvolumina zurück, gleichzeitig steigen die Produktionskosten und wegen fehlender Anreize in Deutschland wandern Produktionen ins europäische Ausland ab. Deutschland scheint als Produktionsstandort weniger wettbewerbsfähig als früher. Deshalb braucht es für einen zukunftsfähigen Film- und TV-Standort Deutschland neue politische Rahmenbedingungen sowie Veränderungen bei der staatlichen Filmförderung. Über die geplanten Maßnahmen und deren mögliche Folgen haben die Teilnehmer:innen einer vom Verband Privater Medien e.V. (VAUNET) organisierten Diskussion während der MEDIENTAGE MÜNCHEN gesprochen.

Der vom Bundesstaatsministerium für Kultur und Medien (BKM) vorgelegte Referentenentwurf zur Reform des Filmförderungsgesetzes (FFG) schlägt unter anderem die Einführung eines Steueranreizmodells sowie eine gesetzliche Investitionsverpflichtung für Streaming-Anbieter vor. Der VAUNET hat gegen einzelne Punkte Bedenken, vor allem in Bezug auf die vorgeschlagene Investitionsverpflichtung. Sie sieht vor, dass in Deutschland agierende VoD-Plattformen sowie alle öffentlich-rechtlichen und privaten TV-Programmanbieter 20 Prozent ihres hiesigen Umsatzes wieder in europäische audiovisuelle Produktionen und davon 75 Prozent in deutschsprachige Produktionen reinvestieren sollen. Subquoten sind dabei für Erstinvestitionen in der Herstellungsphase und für Werke unabhängiger Produzent:innen sowie für Investitionen in Kinofilme vorgesehen. Claus Grewenig, Vorsitzender im VAUNET-Vorstand, hält die Investitionsverpflichtungen für das „falsche Modell“, weil es keine Anreize schaffe. „Es handelt sich nicht um ein Anreiz-, sondern ein Abschreckungsmodell“, lautete sein Resümee.

Ein weiterer Punkt, der beim VAUNET auf Kritik stößt: die Verpflichtung der Auftraggeber zur Rechtereilung mit den Produzent:innen. Das hält der Verband für nicht geeignet, „Produktionen ins Inland zu holen und Deutschland als Produktionsstandort interessanter zu machen“, sagte der Verbands-Vorstand. Vielmehr führe es zu „einer Kosteninflation“ auf dem lokalen Markt.

Zustimmung des VAUNET erhält dagegen der Vorschlag eines steuerlichen Anreizmodells für die Film- und Fernsehbranche. „Es ist rechtlich möglich, ökonomisch nachhaltig und ein international anerkannter Weg, Deutschland als attraktiven, stabilen und planungssicheren Produktionsstandort zu etablieren“, sagte Grewenig. Der Verband sei davon überzeugt, dass die ungedeckelten wirtschaftlichen Anreize neue Investitionen in den Produktionsmarkt „hebeln“ würden – „und zwar deutschlandweit“.

Während der VAUNET die Vorschläge insgesamt „unausgegoren und diskussionswürdig“ findet, werden sie aus Produzent:innensicht im Wesentlichen positiv gesehen. „Es gibt viele strukturelle und konjunkturelle Herausforderungen für die Branche“, betonte Christian Franckenstein, Vorstandsmitglied in der Produzentenallianz und Chef der Bavaria Film. Die Lage einiger Produktionsunternehmen sei aktuell prekär. Er sehe akuten Handlungsbedarf und verwies auf das europäische Ausland. „Viele ausländische Filmstandorte wie Ungarn und Tschechien nutzen steuerliche Instrumente, um internationale Produktionen anzulocken. Deshalb sollte auch Deutschland diese Option prüfen“, forderte Franckenstein.

Es blieben viele Fragen offen, urteilten die Expert:innen auf dem Podium. Judith Gerlach, in Bayern als Staatsministerin für Digitales auch verantwortlich für die Filmwirtschaft, drängte auf eine baldige Klärung: „Ich hatte noch keinen Termin bei Frau Roth“, räumte sie mit Blick auf das BKM ein. Die Produzenten hoffen, dass die Reform des Filmförderungsgesetzes zum 1. Januar 2025 kommt. Doch dafür müssen sich erst alle Akteur:innen an einen Tisch setzen, aus der Politik genauso wie aus der Film-Branche. Franckenstein plädierte, trotz unterschiedlicher Interessen aller Beteiligten, dafür, „mit einer Stimme zu sprechen“, sonst werde es schwerfallen, gute Ergebnisse zu erzielen. „Ich plädiere dafür, dass wir gemeinsam ein Gesamtpaket erstellen, das uns besser aufstellt für die Zukunft“, wünschte sich die Bayerische Digitalministerin.